

Das Todesurteil.

Vor Ueberreichung des ersten Teiles der uns zugebachten Friedensbedingungen wurden gewisse Blätter in Wien nicht müde, zu versichern, daß Deutschösterreich von seiten der Verbandsmächte eine ganz andere Behandlung erfahren werde als das Deutsche Reich. Wenn man nach den Andeutungen dieser Blätter Schlüsse ziehen wollte, konnte man ein ganz besonderes, geradezu liebevolles Verhalten der „Sieger“ gegen uns arme Besiegte erwarten. Dann kam die große Enttäufung. Das Furchtbare, was sadistischer Haß erfinnen konnte, war zusammengetragen und wurde uns als Friedensbedingung vorgelegt. Ein Schrei der Empörung hallte durch ganz Deutschösterreich. Dann begannen die schriftlichen Verhandlungen. Die Presse, die das arme deutschösterreichische Volk so gründlich angelogen hatte, war für eine Zeit lang verstummt. Bald rührte sie sich aber wieder und das alte Spiel begann von neuem. Wiederum wurde uns Herr Allize als ganz besonderer Gönner Deutschösterreichs vorgestellt und zu ganz besonderer Verehrung empfohlen. Wiederum plauschte man vor allem die Wiener Bevölkerung an, daß man ganz beruhigt sein könne, die Friedensbedingungen würden grundlegende Aenderungen erfahren und schließlich in laum wiedererkennbarer Form vorgelegt werden. Gerade die wiederholte Verzögerung der Ueberreichung wurde als gutes Zeichen hingestellt! Man wollte darin den Beweis erblicken, daß unsere Freunde bei den Verbandsmächten mit Entschlossenheit bemüht sind, für uns einen recht guten Frieden zustande zu bringen. Und wiederum fielen jene, die nicht alle werden, hinein. Jetzt kennen wir die endgültige Fassung des Friedensantrages. Die Absicht, aus Deutschösterreich einen einer Kolonie gleichenden Vasallenstaat der Verbandsmächte zu machen, ist unverlembbar. Dem Namen nach wird ja Deutschösterreich — das heißt, wenn man gütigst gestattet, daß wir uns so nennen, wenn man uns nicht den Namen „Oesterreich“ aufzwingt — eine selbständige Republik bleiben. Daß sie kein Bestandteil des Deutschen Reiches werden kann, dafür ist Vorsorge getroffen. Sonst aber werden wir nur zu tun haben, was die „verbündeten und assoziierten Mächte“ fürderhin beschließen, denn wirtschaftlich sind wir ihnen vollständig ausgeliefert.

Man hat ja gern mittheilsvoll anerkannt, daß Deutschösterreich ein vollständig bankrotter Staat ist, der dringend der Hilfe seiner bisherigen Feinde bedarf, das hindert aber die großen Gönner nicht, uns eine Kriegsschuld aufzuladen, von uns zu verlangen, daß wir alles, was an Werten sich noch in unserem orinen Lande finden könnte, herausgeben, daß wir, täglich von der Hungersnot bedroht und gänzlich auf die Zuschübe vom Auslande angewiesen, gerade das wertvollste Gut unserer Landwirte, daß wir Küder und Milchkühe und Pferde an einzelne Nachbarstaaten abgeben. Man belegt unsere natürlichen, wirtschaftlichen Hilfsmittel mit Beschlagnahme, man will unsere Wasserkräfte ausnützen und wird schon dafür sorgen, daß wir nie nieder selbständig über sie verfügen können. Man raubt uns den besten Teil unserer Bahnen, denn die Absteckung der Grenzen im Norden und Süden erfolgt in der gar nicht mehr verschleierten, sondern offen herausgesagten Absicht, uns den Handelsverkehr möglichst zu erschweren, den Nord- und Südschlafen und Italienern aber um so mehr zu erleichtern.

Was zählen gegen die unerhörten und vielfach unerfüllbaren Friedensbedingungen die kleinen Zugeständnisse, die in der zweiten Vorlage sich finden. Die Zustimmung, daß die March als Grenzfluß alleiniges Eigentum der Tschecho-Slowakei sein soll, ging denn doch zu stark gegen die Grundsätze geltenden Völkerrechtes, als daß man sie aufrecht erhalten konnte. Im Nordosten und Nordwesten Niederösterreichs, das landwirtschaftlich reiche Gebiete mit wichtigen Bahnen und Verkehrspunkten an die Tschecho-Slowakei ab-

geben muß, wurden einige wenige Gemeinden wiederum Deutschösterreich zuerkannt. In Kärnten soll die Volksabstimmung enscheiden. Warum nicht überall? Warum gerade auf diesem einen Gebiete? Man hat doch den Völkern das Selbstbestimmungsrecht verheißt, so wäre es dem doch geboten gewesen, die Völker zu fragen, bevor man sie „wie Steine in einem Spiele“ von Staat zu Staat schob! Aber das paßte dem Verfasser der berüchtigten Friedenspunkte nicht. Die befragten Völker würden, zur Selbstbestimmung aufgerufen, anders entschieden haben als es der Land- und Nachzügler der neu entstandenen imperialistischen Staaten entsprach. Darum mußte Gewalt angewendet werden. Darum hat man Rechte gebrochen und die Friedenspunkte Wilsons verhöhnt. Herr Wilson selbst aber stellt sich vor seinen Senat und behauptet, im wesentlichen recht behalten zu haben.

Nur einer unserer Wünsche wird wenigstens zum Teile erfüllt. Von den deutschen Gebieten Westungarns sollen einzelne Bezirke zu Niederösterreich geschlagen werden. Selbstverständlich nicht alles, was deutsch ist in Westungarn, sondern eben nur so viel als die Tschechen nach langem Feilschen zugestanden haben, nachdem man ihnen außer der deutschen Stadt Preßburg auch noch ein Gebiet auf dem rechten Donauufer zur vollständigen Sicherung ihres Hafens an der Donau zugesprochen hatte. Aber da meldet sich auch schon wieder unser ärgster, unser innerer Feind. Heute schon verwahren sich unsere Kommunisten und die von Dr. Friedrich Adler geführten Sozialdemokraten dagegen, daß Deutschwestungarn, ohne befragt zu werden, an Deutschösterreich angegliedert werde. Vielleicht erzwingen es diese, unsere inneren Feinde doch noch, daß in Udenburg und Wieselburg unter dem „Schutze“ des ungarischen Bluthundes Szamuel die Verdickung, umstellt von roten Gardisten mit Maschinengewehren, „frei“ abstimmt, ob sie zu Deutschösterreich gehören will, um im Falle der Bejahung einfach niedergeschossen zu werden. Wegen der Bergewaltigung der Deutschtiroler, der Kärntner, der Deutschen in den Südbotenländern regen sich unsere roten Freiheitshelden nicht auf. Ihre Sorge ist jetzt, daß nicht etwa die braven deutschen Bourcn jenseits der Leitha aus der roten Gewalt Herrschaft Bela Kun's befreit werden.

In zehn Tagen soll endgültige Antwort gegeben werden. Etwasige Einwendungen werden wie beim Deutschen Reiche einfach zurückgewiesen werden. So wird auch Deutschösterreich gezwungen sein, die Unterschrift unter den Vertrag zu setzen, der kein Todesurteil ist.